



An den Grossen Rat

21.5062.02

BVD/P215062

Basel, 3. März 2021

Regierungsratsbeschluss vom 2. März 2021

Interpellation Nr. 15 von Harald Friedl betreffend „Nichtbeantwortung von Fragen von 400 Quartierbewohnern aus einer „Informationsveranstaltung“ zum geplanten Parking unter der Tschudimatte“

Eingereicht vor der Grossratsitzung vom 3. Februar 2021:

„Das Stadtteilsekretariat Basel-West (STSBW), das Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt (BVD) und das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) führten am Mittwoch 13. Januar eine Online-Infoveranstaltung zur Planaufgabe für das sogenannte „Tschudiparking“ durch. Rund 400 Personen nahmen daran teil. Präsentiert wurden der aktuelle Stand der Planung, der Ablauf der gestarteten Planaufgabe und die damit verbundene Einsprachemöglichkeiten für die betroffene Quartierbevölkerung. Nur Befürworter und ein Moderator waren mit Bild sichtbar, keine Kritiker des Projekts. Fragen und kritische Kommentare konnten nur per Chatfunktion eingebracht werden. Der Moderator vom STSBW stellte fest, dass rund 400 Fragen eingereicht worden seien und bekräftigte, dass das STSBW „sich grosse Mühe gebe, diese Fragen auch schriftlich aufzuarbeiten“.

Wenige Tage nach der Veranstaltung wurden auf der Website des STSBW zwei PDFs aufgeschaltet, die Antworten auf die Fragen enthalten. Seitens des STSBW wurden 17 Fragen beantwortet. Seitens des BVD und des UKBB wurden gerade mal sechs (!) Antworten auf konkrete Fragen publiziert. Anschliessend folgt ein Abschnitt der angibt, dass alle Fragen, die nicht mündlich beantwortet worden seien, aufgelistet würden. Verschiedene Teilnehmer*innen, fanden jedoch die von ihnen gestellten Fragen in dieser Liste nicht.

Eine riesige Liste von Fragen wird jedoch mit wenigen Abschnitten gewissermassen abgeschmettert, mit folgender Begründung:

Aus verfahrensrechtlichen Gründen darf parallel zur öffentlichen Planaufgabe auf inhaltliche Fragen, Bemerkungen und Anregungen keine Beantwortung vorweggenommen werden, sondern es dürfen nur Verständnisfragen beantwortet werden, was am Info-Anlass ausführlich geschah. Sämtliche Fragen, Beanstandungen und Anregungen zum Inhalt der Planungsmassnahmen sind deshalb im Rahmen des laufenden Auflage- und Einspracheverfahrens (nochmals) schriftlich und begründet bis am 12. Februar 2021 an Städtebau & Architektur, Dufourstrasse 40/50, Postfach, 4001 Basel, einzureichen.“

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Haben das BVD und das UKBB im Antwort-Dokument trotz der Angabe, dass „alle“ Fragen aufgeführt würden, ihnen politisch nicht genehme Fragen bewusst weggelassen?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat den Umstand, dass eine ihm unterstellte Behörde nicht sämtliche Fragen aus der Bevölkerung berücksichtigt?

3. Am Anlass wurden nicht nur Verständnisfragen, sondern auch inhaltliche Fragen, Bemerkungen und Anregungen beantwortet. Sieht der Regierungsrat hier eine Inkongruenz zwischen dem Verhalten am Anlass und der schriftlichen Antwort?
 4. Auf welche Gesetzesartikel werden die „verfahrensrechtlichen Gründe“ abgestützt, mit denen eine inhaltliche Beantwortung von Fragen abgewiesen werden?
 5. Das BVD hat „Kundenfreundlichkeit“ als einen seiner Schwerpunkte definiert. Inwiefern ist die bürokratische Hürde, dass bereits einmal gestellte Fragen erneut eingereicht werden sollen, mit dieser Absichtserklärung vereinbar?
 6. Wird der Regierungsrat die am Infoanlass gestellten Fragen beantworten, wenn diese gesammelt eingereicht werden?
- Harald Friedl“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Zu den Fragen

Der Regierungsrat beantwortet die Fragen des Interpellanten summarisch.

Wie der Interpellant zutreffend feststellt, informierte der Direktor des Universitäts-Kinderspitals beider Basel an der Informationsveranstaltung zum UKBB-Parking ausführlich über den Stand des Projekts. Aufgrund der bereits aus dem Quartier eingegangenen Rückmeldungen wurde das Projekt deutlich redimensioniert, so kann auch die Bauzeit des Parkings deutlich verkürzt werden.

Der Direktor zeigte zudem auf, weshalb insbesondere die Eltern der im UKBB betreuten Kinder, die grossteils von ausserhalb von Basel stammen, und das Pflegepersonal, das die rund-um-die-Uhr Betreuung der Kinder sicherstellt, auf das Parking angewiesen sind. Die Verlegung von Parkplätzen aus dem öffentlichen Raum unter die Erde ermöglicht zudem eine Erweiterung der Grünanlagen mit zusätzlichen Aufenthaltsflächen und Bäumen.

Das Bau- und Verkehrsdepartement informierte eingehend über die bevorstehende Planaufgabe und erklärte, wie Einsprachen und Anregungen zum geplanten Projekt eingereicht werden können. Aufgrund der Pandemiesituation konnte die Informationsveranstaltung leider nur online durchgeführt werden. Per Klick haben sich zwischen 100 bis 120 Personen auf den Live-Stream-Link dazu geschaltet. Zahlreiche Fragen konnten in diesem Rahmen mündlich beantwortet werden. Im Anschluss an den Live-Stream beantworteten das UKBB und das Bau- und Verkehrsdepartement weitere Fragen auch noch schriftlich. Zuständigkeitshalber werden einige der Fragen jedoch im Rahmen des Einspracheverfahrens durch den Grossen Rat zu beantworten sein. Weder das UKBB noch das Bau- und Verkehrsdepartement können die Behandlung der zu erwartenden Einsprachen durch den Grossen Rat als zuständigem Organ vorwegnehmen.

Der Informationsanlass zur Planaufgabe Parking UKBB fand auf Initiative des Stadtteilsekretariats BASEL-WEST statt. Sie haben die Fragen zusammengestellt und auf ihrer Webseite publiziert (s. hierzu: <https://www.stsbw.ch/planaufgabe-parking-ukbb/>). Das Stadtteilsekretariat hat auf Rückfrage eines Teilnehmers bereits festgestellt, dass bei der Zusammenstellung der Fragen tatsächlich mehrere am Infoanlass gestellte Fragen verloren gegangen sind. Dieser Fehler geschah offenbar beim Export des Chatverlaufs. Das Stadtteilsekretariat hat sich beim Nachfragenden für dieses Versehen entschuldigt sowie auch den Interpellanten darüber informiert.



Beat Jans
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin